

Verantwortung und Reflexion

Workshop Ansätze und Methoden zur Erforschung politischer Ideen, Universität Hamburg, 16.–17. Juli 2010

Harald G. Teßmer *

Am 16. und 17. Juli kamen ungefähr 50 NachwuchswissenschaftlerInnen zu dem von *Alexander Weiß* (Universität Hamburg), *Andreas Busen* (Universität Hamburg) und *Stefan Skupien* (Freie Universität Berlin) organisierten Workshop zusammen. Die Hamburger Zusammenkunft diente dem Austausch und der Selbstvergewisserung im methodischen Umgang mit politischer Theorie, Ideengeschichte und politischem Denken. Die Grundkonzeption des Workshops stand ganz im Gegensatz zu dem, was typische Lehrbücher in dieser Frage zu bieten haben – nämlich die Auflösung aller relevanten Fragen in die Allgemeingültigkeit nichtssagender Abstraktion, garniert mit unterschiedlichen Labels. Die 20 Vorträge, die an den beiden Tagen präsentiert und diskutiert wurden, waren darauf ausgerichtet, methodische Probleme dort zu diskutieren, wo sie sich in der Forschung konkret zeigen. Insofern war die Veranstaltung eine Zusammenstellung von *work in progress*, ein Blick auf 20 verschiedene Schreibtische und ein gemeinsames Nachdenken über individuell gemachte Erfahrungen.

Der Eröffnungsvortrag von Andreas Busen und Alexander Weiß enthielt die in Form einer Typologisierung dargebotenen

Erkenntnisse der beiden Veranstalter aus einer eigenen empirischen Untersuchung. Gegenstand der Untersuchung war eine Recherche nach ‚Theorie und Ideengeschichte in Lehr- und Einführungsbüchern der Politikwissenschaft‘. Vier verschiedene, anhand ihres Reflexionsgrades zu unterscheidende Typen von Methodenkapiteln wurden präsentiert:

Die Mehrzahl der Werke, so die Referenten, biete einen sogenannten „naiven“ methodischen Zugang zu politischer Theorie und Ideengeschichte. Kennzeichen dieses naiven Zugangs sei eine überwiegend deskriptive Herangehensweise an die Geschichte des politischen Denkens. Diese Herangehensweise sei durch einen Hang zur Kanonisierung von ideengeschichtlichem Erbe geprägt. Darüber hinaus lasse sich beobachten, dass eine zeitliche Messlatte mit Scheidelinie an politische Theorie und Ideengeschichte angelegt werde: Es gebe eine Unterteilung in eine ‚alte‘ Ideengeschichte und eine ‚neuere‘ politische Theorie. Diese Differenzierung werde zusätzlich noch mit einer Hierarchie überlagert: Die alte Ideengeschichte des politischen Denkens sei ‚interessant‘, jedoch im Gegensatz zur jüngeren Theorie nicht wirklich ‚relevant‘.

* Dipl.-Pol. Harald G. Teßmer, Universität Hamburg
Kontakt: harald.tessmer@studium.uni-hamburg.de

Der nächsthöhere Grad der Reflexivität sei eine Form von Selbstreflexion. Hier werde schon die Frage gestellt, wie das eigene Vorgehen zu rechtfertigen sei. Das Bemerkenswerte an diesem Zugang sei, dass der Forscher zwar schon über seinen eigenen Standpunkt, seine Perspektive, seine Absichten und Interessen reflektiere, diese Art der eigenen Verortung aber nicht als eine von vielen Möglichkeiten wahrnehme. Methodenpluralismus werde zwar anerkannt, aber nur als ein stilles und statisches Reservoir, aus dem man sich bedienen könne, ohne sich der Tatsache bewusst zu werden, dass hinter jeder dieser theoretisch bestehenden Möglichkeiten eventuell eine lebendige, dynamische und vor allem interagierende wissenschaftliche Strömung, Schule oder Denktradition stehe. Die ReferentInnen äußerten den Verdacht, dass diese begrenzte Reflexivität mehr als immunisierendes Manöver vorgeführt und weniger als wahrhafte Reflexion betrieben werde.

Der Schritt zur Kontextualisierung der eigenen methodischen Überlegungen werde in der dritten Stufe der Reflexion vorgenommen, die empirisch nur sehr selten zu beobachten sei. Es gebe hier disparate Verweise in die unterschiedlichsten Richtungen – Cambridge School, Systemtheorie, Begriffsgeschichte, Genealogie. Kaum erwähnt fänden sich demgegenüber ideologiekritische und sozialgeschichtliche Vorgehensweisen. Trotz aller Asymmetrien und Selektivitäten werde bei einem solchen Zugang der Charakter der verschiedenen methodischen Schulen, Traditionen und Strömungen als dynamische, aktive und interagierende Entitäten erkannt und reflektiert. Der methodische Rückgriff auf Reflexion ist somit nicht derjenige der Konsultation einer gedruckten und endgültigen Enzyklopädie, sondern der des Lauschens auf die Auseinandersetzungen verschiedener Gesprächskreise.

Der vierte Grad der Reflexion schließlich ist ein von den ReferentInnen formulierter und bislang uneingelöster Anspruch: Es müsse neben der eigenen Verortung in

unterschiedlichen dynamischen Diskursen so etwas wie das Bewusstsein um die eigene Verantwortung bei der Wahl zwischen verschiedenen Methoden geben. Denn jede Methodenwahl sei nicht nur von herausragender Bedeutung für das eigene Forschungsergebnis bei der Bearbeitung einer konkreten Fragestellung, sondern die eigene Positionierung sei auch eine Intervention im agonalen Wettbewerb des Methodenpluralismus. Wie wichtig dieser Gedanke ist, wird klar, wenn man sich verdeutlicht, wie der sogenannte Wettbewerb im Methodenpluralismus strukturiert ist: Dieser Wettbewerb ist schließlich keiner von unterschiedlichen Anbietern, die auf einen irgendwie gearteten Kreis von KonsumentInnen zielen, sondern ein Wettbewerb, in dem KonsumentInnen und Anbieter im zeitlichen Verlauf überhaupt nicht zu trennen sind. Der Wettbewerb ist keine Konstellation, keine Rahmenordnung wie im ökonomischen Sinne, sondern ein Prozess. Jede/r Teilnehmer/in, die/der sich zugunsten eines einzigen und zuungunsten aller anderen Einheiten in diesem agonalen Wettbewerbsfeld entscheidet, leistet nicht weniger als die unmittelbare Verdoppelung dessen, wofür er sich entscheidet (während im ökonomischen Markt in einer solchen Situation das genaue Gegenteil eintritt: das gekaufte Produkt verschwindet als Angebot vom Markt).

Das erste Panel über *Fälle und Fallen der Cambridge School* präsentierten Jens Olesen (University of Oxford) und Katharina Schneider (Universität Zürich). Jens Olesen attestierte der Cambridge School einen – wenn auch umstrittenen – „Orthodoxiestatus“ in der politischen Theorie und Ideengeschichte. Die Methode Quentin Skinners, die in Wahrheit mehr sei als nur Methode – nämlich eine Art des Zugangs mit einer ganzen Theorie als Hinterland – formuliere Ansprüche, die sie selbst nicht einhalte. Forschung, die versuche, die programmatischen Forderungen der Cambridge School ohne Abstriche zu übernehmen, sehe sich mit dem Problem konfrontiert, dass die Forschung Skinners nicht nur einen häufigen Bruch mit den eige-

nen Anforderungen zulasse, sondern obendrein selbst voraussetzungsreich in ihrer Anwendbarkeit sei: Eine Anwendung außerhalb der einschlägigen Forschungsfelder Skinners sei kaum möglich. Katharina Schneider illustrierte diese Einschätzung mit ihrem eigenen Forschungsprojekt zum politischen Denken im Vormärz: Nach anfänglicher Begeisterung in Anbetracht der Versprechungen der Cambridge School sei bald Ernüchterung eingetreten, insbesondere im Hinblick auf die Frage, wie die Grenzen des Kontextes zu bestimmen seien. Die Gefahr des infiniten Regresses sei ebenso problematisch wie der verharmlosende Singular des Begriffes ‚Kontext‘. Auch der Zusammenhang zwischen – wie auch immer zu erfassenden – Kontexten und Intentionen politischer Autoren habe sich als nebulöse Unterstellung erwiesen.

Die Radikalität der pointierten Problematisierung der Cambridge School wurde im Verlauf der Diskussion etwas gemäßigt. Weitgehendes Einverständnis herrschte, dass diese methodische Herangehensweise über Kontextualisierung keine Beweise für Intentionen liefern, wohl aber bestimmte Pointen von politischen Texten plausibel machen könne. Skinners Anliegen könne defensiver verstanden werden, wenn man seine eigenen programmatischen Erwartungen dahingehend formuliere, dass Intentionen ohne die Einbeziehung von Kontexten *erst recht nicht* verstanden werden könnten.

Das nächste Panel stand unter dem Titel *Cambridge School und Begriffsgeschichte* und gab, wie Alexander Weiß anmerkte, den Blick frei auf eine von Begriffsmetaphysik bis hin zu absoluter Texttreue reichenden Skala. David Egner (Universität zu Köln) machte in seinem Beitrag zur Relevanz Carl Schmitts für die Ideengeschichtsschreibung auf die Interdependenz von Treffgenauigkeit und Wirkmächtigkeit von politischen Begriffen aufmerksam. Ausgangspunkt ist die Grundannahme Carl Schmitts, dass alle staatsrechtlichen Begriffe einen polemischen Sinn und damit eine realitätsformende Wirkung haben könnten. Voraussetzung für die Entfaltung dieser Wirkung sei aber, und darin

liegt der Kern dieser „Begriffssoziologie“, dass der jeweilige Begriff eine wahrnehmbare Übereinstimmung mit der politischen Wirklichkeit zum Ausdruck bringen könne; der Begriff müsse ‚einleuchten‘. Nur durch diese Art von ‚Anschlussfähigkeit‘ – beispielsweise durch seine existentielle Teilhabe an der Freund-Feind-Dissoziation – können politische TheoretikerInnen zu intervenierenden politischen KombattantInnen werden. Dieser von Schmitt vorgeschlagenen Begriffssoziologie zufolge könne man eine politische Einheit an ihrer eigenen ‚begrifflichen Terminologie‘ erkennen; ein Staat beruhe auf anderen Begriffen als ein Imperium.

Für eine „entschnittene“ Version des methodischen Begriffsschmittianismus nach Kosellek warb *Oliver Eberl* (TU Darmstadt) am Beispiel seiner diachron angelegten Forschung zum Begriff des Barbaren. Eine Dissoziation – allerdings ohne die für das Denken Carl Schmitts typische Zuspitzung zu einer Feindschaft – sei konstitutiv für den Begriff des Barbaren, dessen Begriffsgeschichte in einem Spannungsfeld von Kontinuität und Bedeutungswandel von der hellenistischen Zeit über das christliche Mittelalter bis hin zu seiner Spiritualisierung und Totalisierung im 20. Jahrhundert skizziert wurde.

Eine noch stärkere Abwendung von der Begriffsgeschichte vollzog *Angela Marciniak* (TU Darmstadt) bei ihrem Forschungsprojekt zum Thema ‚Sicherheit‘: Der universelle Verstehensanspruch der Begriffsgeschichte sei nicht erfüllbar. Die historischen Grundbegriffe seien entlang einer impliziten Linearitätsthese konzipiert, die in reduktionistischer Weise Diskontinuitäten systematisch ausgeblendet habe. Einen weiteren – ebenfalls methodisch vorangelegten – Erkenntnisschatten handele sich die Begriffsgeschichte dadurch ein, dass sie eben nur Begriffe untersuche und sich nicht, wie die Referentin vorschlägt, der Erforschung semantischer Felder zuwende. Ein Begriff wie derjenige der Sicherheit sei beispielsweise nur durch seine Einbettung in ein solches semantisches Feld neben andere – beispielsweise komplementäre – Begriffe wie Unsi-

cherheit oder Bedrohung in seinem politischen Gehalt zu erfassen.

Daniel Kuchler (State University of New York) machte sich in seinem für radikale Texttreue plädierenden Vortrag für eine deutlich sparsamere Berücksichtigung von Kontexten ideengeschichtlicher Texte stark. Ein Text, so seine paradox formulierte These, liefere schon in ausreichendem Maße seinen eigenen Kontext mit. Nicht nur sei bei Skinner der textimmanente Zugang vernachlässigt worden. Vielmehr handle man sich bei der Berücksichtigung von vermeintlichen Kontexten, die „in letzter Instanz arbiträr“ seien, induktive Setzungen ein.

Im letzten Panel des ersten Tages ging es um die Gegenüberstellung von *Cambridge School*, *Genealogie* und *Diskurs*. *Johannes Thumfart* (Humboldt-Universität zu Berlin) konfrontierte Skinner mit Foucault: Wenn bei Foucault der Sprechakt als das Atom des Diskurses ein Weltbild konstituiere, in dem AutorInnen mit vermeintlichen Intentionen nur noch zu sekundären Phänomenen degradiert würden, zu Erscheinungsformen von etwas Anderem, einer treibenden Kraft, einer geheimnisvollen Art von „Software“, dann schieße diese Sichtweise über dasjenige Ziel hinaus, das in Anbetracht der Unzulänglichkeiten von Skinner formuliert worden sei. Skinner komme über die unreflektierte Anwendung eigener mit republikanischen Idealen aufgeladener Deutungsraaster zu einer Interpretation, die eine Intention erkennbar mache, welche gar nicht zutreffend sei: die Interpretation als Sprechakt. Der geeignete Ausweg könnte damit gefunden werden, Topik als ein Reservoir von Sinnzusammenhängen, aus denen heraus sich politische Sprecher bedienen, in den Mittelpunkt des Forschens zu stellen. Ein Topos umfasse eine Art von Wortfeld, eine Wolke von Begriffen, die durch ihre suggestive Kraft dafür Sorge, dass Autor/in und Topos eine funktionale Symbiose eingehen und daher nicht mehr zu trennen seien.

Ulf Bohmann (Universität Jena) beleuchtete die Genealogie von Charles Taylor als „Ausgrabungsarbeit“ an historischen Texten.

AutorInnen, Sprechakte, Begriffsgeschichte und Ideengeschichte gelte es auszuklammern und zugunsten der Existenz einer moralischen Substanz, die sich in einem kulturellen Pool befinde, in den Hintergrund des Forschungsinteresses zu stellen. Ideen und Praktiken, die eine „idea force“ konstituieren, müssten freigelegt werden, der Focus der Forschung müsse dementsprechend auf die Alltagskultur orientiert werden.

Rieke Schäfer (Universität Hamburg) hob in ihrem Vortrag den Aufmerksamkeitsgewinn hervor, den Metaphern in der Politikwissenschaft jüngst erfahren haben. Seien sie früher als im schlimmeren Fall lästiges oder im besseren Fall schmückendes, in jedem Fall ersetzliches Beiwerk aufgefasst worden, so erschließe sich ein gewaltiges Potential, wenn es um die Erforschung von Bedeutungswandel politischer Sprache gehe. Voraussetzung sei jedoch eine Verknüpfung der Metapherntheorie mit der Theorie des Bedeutungswandels politischer Begriffe. Für eine solche Verknüpfung gebe es gute Gründe: Metaphern seien auf Kontexte angewiesen, verwiesen auf hintergründige Vorstellungen und hätten durch ihre Mehrdeutigkeit eine Öffnungsfunktion für neue Bedeutungen. Darüber hinaus hätten Metaphern durch ihre Wirkung der Aufmerksamkeitslenkung und der Proklamation der „Angemessenheit der einen Vorstellung für eine andere“ eine starke kontextschaffende Wirkung. Schließlich hätten Metaphern ein Ideologisierungspotential, das den kosellekschen Kollektivsingularen ähnlich sei. Die Metaphernforschung, so der Ausblick, könne Kontextformung und Bedeutungswandel durch einen Wettstreit von Geltungsansprüchen sichtbar machen. Für eine Stellungnahme zu solchen Geltungsansprüchen gebe es aber keine Methode.

Das erste Panel am nächsten Morgen stand unter dem Titel *Methode und Praxis*. *Jörn Knobloch* (Universität Potsdam) plädierte in seinem Vortrag für eine mit kulturalistischen Theorien arbeitende politische Praxeologie. Anders als die Diskurstheorie gehe die Praxeologie davon aus, dass die

menschliche Praxis als die kleinste Einheit, als das ‚Atom‘ einer menschlichen Ordnung gelten könne. Hinter dieser praxeologischen Sicht stehe die Ausgangserwartung, dass das Wissen und die Normen der Menschen in ihren Tätigkeiten enthalten seien. Politische Ideen seien verdichtete normative Vorgaben für politische Praktiken.

Robert Feustel (Universität Leipzig) zeichnete in seinem Vortrag zu *Intervention als Methode* ein poststrukturalistisches Gegenbild der Lage: Die methodisch implizierte Annahme einer einhaltbaren Trennung von Idee und der Reflexion über eine Idee sei nicht haltbar. Vielmehr würden sich „Kausalitäten umkehren“ bei der Tätigkeit der Erforschung von politischen Ideen. Idee und Methode seien unvermeidlicherweise vermischt. Bei einer Diskursanalyse müsse sich der Forscher darauf einlassen, dass jeder Begriff in ein System eingeschrieben sei und jeder Sinn nur durch endlose Verweisketten entstehen könne und daher untrennbar mit Alternativbedeutungen verbunden sei. Zwar sei die Diskursanalyse in den von ihr untersuchten politischen Diskursen gefangen, doch könne sie wegen ihrer „Kraft zur Irritation“ immerhin ein Bewusstsein für diese Interdependenz schärfen.

Maike Weißpflug (RWTH Aachen) lotete in ihrem Vortrag die Möglichkeiten des von Walter Benjamin entliehenen „Tigersprungs ins Vergangene“ aus. Hinter dieser Metapher steht die methodische Überlegung, dass bei der Erforschung von Texten aus der Vergangenheit zwei voneinander unabhängige Gehalte erfasst werden könnten: ein „Sachgehalt“, der den konkreten, intendierten Inhalt eines Textes umfasse und ein „Wahrheitsgehalt“, der als Quelle für gegenwartsdiagnostische Zeitkritik nutzbar gemacht werden könne. Mit zunehmenden historischen Distanzen werde der Sachgehalt von historischen politischen Texten für gegenwärtige LeserInnen immer unklarer, weil Kontexte sich verlören und damit entschlüsselnde Sinnzusammenhänge verblassten. Das Gegenteil gelte für den Wahrheitsgehalt: Je weniger Sachgehalt noch übrig sei, desto

weniger lenke dieser vom Wahrheitsgehalt ab und je mehr die historische Distanz den Wahrheitsgehalt freigelegt habe, desto ‚brauchbarer‘ werde der Text für zeitgenössische LeserInnen mit kritischer Absicht.

Subjekte und Objekte der Forschung lautete der Titel des folgenden Panels. *Veith Selk* (Universität Hamburg) stellte in seinem Vortrag mehrere Dimensionen vor, in denen Angst für Wissenschaft in dysfunktionaler Weise relevant werde. So gebe es einen erkenntnisleitenden Effekt, den angsterregende Forschungsmaterien auf WissenschaftlerInnen ausübten und dadurch den wissenschaftlichen Prozess etwa durch Verdrängungen und Ausblendungen von Teilen der zu untersuchenden Wirklichkeit umstrukturierten. Eine These lautete daher, dass es in der politikwissenschaftlichen Politikkonzeptualisierung eine systematische Ausklammerung der Gewaltgeschichte gebe. Auch die universitäre Praxis selbst konstituiere einen Raum, in dem Angst eine Rolle spiele: Sowohl bei durch verknappte Beschäftigungsmöglichkeiten generierten Karriereunsicherheiten von NachwuchswissenschaftlerInnen als auch bei den innerdisziplinären Phänomenen der Vermachtung von Diskursen spiele Angst eine aus wissenschaftstheoretischer Sicht problematische Rolle. Die Angst, von Diskursen abzuweichen und damit die eigene Anerkennung aufs Spiel zu setzen, sei ein Hindernis für eigenständige Forschung. Konformismus sei die sichere Alternative und am ehesten geeignet, Angst zu vermeiden. Vor dem Hintergrund dieser letzten Angstdimensionen der kompetitiv begründeten Karriereunsicherheit und des Konformismusgebotes habe wissenschaftliche Methodik – so eine zweite These – die Funktion einer gewissen Immunisierung durch handwerkliche Absicherung des eigenen Schaffens und damit eine Schutzfunktion vor Kritik von KollegInnen und somit auch vor Angst. So werde die Methode zum Schild der ForscherInnen, mit dem sie in den Wettstreit der Meinungen zu treten sich trauen können. Die – selbst voraussetzungsvolle – Bedingung für das Gelingen von Wissenschaft sei es, die dysfunk-

tionale Wirkung der Angst auf Forschungsprozesse zu eliminieren. Der Vortrag hatte eine gegenwartsdiagnostische Qualität für die aktuelle Lage der Wissenschaft.

Das interdisziplinäre Forschungsprogramm einer Projektgruppe von PolitikwissenschaftlerInnen und KunsthistorikerInnen der Uni Marburg stellte *Jörg Probst* (Universität Marburg) vor. Es ging um die „Energien des Visuellen“ als Forschungsgegenstand der Ideengeschichtlichen Bildforschung. Anhand von beispielhaftem Bildmaterial wurde die Übertragungsleistung von technisch-künstlerischen Eigenschaften einer visuellen Abbildung, zum Beispiel eines gemalten Politikerportraits, auf die mit der Abbildung korrespondierende Entsprechung in der Realität vorgeführt. Dabei handelte es sich um einen ähnlichen, nur eben bildhaften und nicht sprachlichen, Sinnübertragungseffekt wie bei den von Rieke Schäfer vorgestellten Metaphern, deren Wirkung es sei, die Angemessenheit der einen Vorstellung für eine andere vorzuschlagen. Die Methode der Projektgruppe wurde von *Jörg Probst* beschrieben als das Schließen auf „Wertformen“.

Im ersten Vortrag des Panels *Inter- und transkulturelle Fragen* lotete *Holger Zapf* (Georg-August-Universität Göttingen) die Vor- und Nachteile verschiedener Ansätze in der Interkulturellen Ideengeschichte aus. Es sei geboten, politische Theorien als „intellektuelle Interventionen“ wahrzunehmen, die die Verantwortung mit sich brächten, in einem Kontinuum zwischen implizitem oder explizitem normativem Hegemonieanspruch westlicher Denkweise einerseits und apologetischen Tendenzen einer falschen Rehabilitation von solchen nichtwestlichen politischen Theorien andererseits zu navigieren, die gegen demokratische und rechtsstaatliche Standards des ‚Westens‘ verstoßen. Ein an die *comparative political theory* angelehntes Forschungsprogramm müsse diese Gefahren reflektieren. Nach einer Rekonstruktion einer nichtwestlichen Theorie könnten so Begriffe, Topoi und Paradigmen der transkulturellen Interaktionen in den Focus der Untersuchung genommen werden.

Stefan Skupien (Freie Universität Berlin) reflektierte in seinem Vortrag zum Übersetzungsproblem in der interkulturellen Ideengeschichte ebenfalls das Problem der unbedingt zu reflektierenden „Fallstricke des Eurozentrismus“, richtete aber die Aufmerksamkeit auf die Leitfrage, ob Verstehen überhaupt möglich sei. Die Verstehbarkeit wiederum setze eine Hörbarkeit voraus und hier liege ein erstes Problem der Cambridge School: Sie sei zu elitistisch und klammere subalterne SprecherInnen, die nicht gehört werden können, systematisch aus. Doch auch wenn ideengeschichtlich zu untersuchende, außerwestliche SprecherInnen wahrgenommen werden, sei Verstehen sehr voraussetzungsvoll. Es gelte, AkteurInnen und ihre Sprachregeln zu identifizieren; gefordert sei also die kommunikative Annäherung an andere Kulturen. Hierbei müssen sich WissenschaftlerInnen entscheiden: Wollen Sie mit Skinner davon ausgehen, dass es keine zeitlosen Fragen gebe und skeptisch gegenüber der Tatsache sein, dass sie das eigene Paradigma immer mitbringen und Übersetzungen damit hochproblematisch seien, oder folgen sie der Methode von Della Rosa, die sich auf Habermas und Gadamer berufe? Letztere mache sich einerseits in der Paraphrasierung eine Vernunftserwartung universeller Geltung zu Nutze und verwende andererseits das Konzept der prozeduralen Vernunft, das in einer Methode dialogischer Geschichtsauslegung enthalten sei, bei der auch systematischer Gebrauch von gemeinsamer Füllung von Metaphernfreiräumen gemacht werden könne.

Francesca Falk (Universität Basel) stellte in ihrem Vortrag eine Untersuchung zum leeren Raum im Naturzustand bei Hobbes und Locke vor. Während Hobbes einen „horror vacui“ zum Ausdruck bringe – und mehr noch: überhaupt nur die Möglichkeit einer Leere verneine –, basiere John Lockes Vorstellung vom Naturzustand gerade auf der Gegebenheit eines „leeren Landes“. Bei diesem Unterschied sei es kein Zufall, dass der spätere der beiden Denker in einem Kontext geschrieben habe, in der die experi-

mentelle Physik mit künstlich erzeugtem Vakuum von sich reden machte. Die Leere sei aber nur im Sinne einer sozialen Leere zu verstehen, denn bei Locke ist das leere Land – beispielsweise eines potentiellen außereuropäischen Kolonialraumes – eine brachliegende ökonomische Ressource mit einer gewaltigen Fülle an Möglichkeiten. Es warte sozusagen darauf, einer zivilisatorischen Bestimmung zugeführt und erschlossen zu werden. Der hobbesianische *horror vacui* lasse keine Leere zu, sondern definiere das von außereuropäischen Einheimischen besiedelte Land als konkrete Form des Naturzustandes – mit allen negativen Attributionen, die Francesca Falk detailreich anhand der bildlichen Darstellungen auf dem Frontispiz der 1642er Ausgabe von *De Cive* aufzeigte. Die natürliche Ressource des Raumes sei, im Gegensatz zu der Vorstellung Lockes, ein knappes, umstrittenes und umkämpftes Gut.

Daniel Gauss (Universität Oslo) schlug in seinem Vortrag anhand des Beispiels ‚Staat‘ vor, Begriffsgeschichte in drei Dimensionen zu erforschen. Er ging so weit, jede dieser drei Dimensionen als das methodenprogrammatische Erbe eines politischen Denkers zu betrachten: Hans Kelsen habe

die normative Bedeutung des Staatsbegriffes in einer über die Rechtstheorie hinausweisenden Semantik der normativen Wirkmächtigkeit herausgearbeitet, Max Weber habe nach der Bedeutung des Staates als Gesamtheit von Handlungen, die sich als systematisch auf einander bezogen verstehen lassen, gefragt und somit die soziologische Dimension des Staatsbegriffes aufgezeigt. Schließlich habe Quentin Skinner mit der Frage nach Bedingungen und Kontexten, unter und in denen sich eine bestimmte semantische Bedeutung herausbildet, die ideengeschichtliche Forschungsdimension konstituiert.

Im abschließenden Beitrag stellte *Ulrike Höppner* (Freie Universität Berlin) das von ihr angeleitete Internetprojekt eines „Theoriwiki“ vor. Die Intention bei diesem Projekt der Gleichzeitigkeit von Lernen und öffentlicher Wissenspräsentation sei es nicht nur, in hierarchiefreier Weise ein enzyklopädisches Reservoir zu erschaffen, sondern vielmehr, den Studierenden erste Erfahrungen mit der Verunsicherung durch die eigene Verbindlichkeit und Verantwortung zu ermöglichen – Reflexion und Verantwortung vom ersten Semester an.